

Darüber hinaus wurden im März zwei kleinere Bomben in Bussen entdeckt. Einer dieser Sprengsätze konnte aufgrund von telefonischen Warnungen vor der Detonation entschärft werden; bei der Explosion des zweiten Sprengsatzes wurde jedoch ein Passagier verletzt. Die Sprengsätze sollen demselben internen Bericht zufolge von Arbeitern gelegt worden sein, die ihre Stellung in staatlichen Betrieben verloren haben und sich in einer Untergrundgruppe zusammengeschlossen haben. Die Vorfälle werden in Zusammenhang gebracht mit einem Transparent, das am Tag nach Deng Xiaopings Tod an der Beijinger Sanyuan-Straßenüberführung angebracht worden war, von der Polizei aber umgehend entfernt wurde: „Mao Zedong ließ uns auf die Dörfer gehen (*xiaxiang*). Deng Xiaoping ließ uns in das Meer des Marktes eintauchen (*xiahai*). Jiang Zemin ließ uns den Arbeitsplatz verlieren (*xiaqiang*).“ (SCMP, 30.4.97)

Am 14. Mai kam es im Zhongshan-Park (nahe des Partei- und Regierungssitzes Zhongnanhai) zu einer weiteren Explosion, bei der ein Mann ums Leben kam. Ein Sprecher des Amtes für Öffentliche Sicherheit der Stadt Beijing teilte am nächsten Tag mit, daß es sich um einen Mann aus Hunan gehandelt habe, der sich aus nicht näher benannten Gründen selbst in die Luft sprengte, ohne andere Menschen in Mitleidenschaft zu ziehen. (IHT, 15.5.97)

Nicht nur in Beijing, sondern auch im südchinesischen Shunde (Provinz Guangdong) kam es jüngst zu einer Bombenexplosion: Am 12. Mai wurden bei einer Explosion in einem Bus fünf Menschen getötet und sechs verletzt. Die Bombe war von einem jungen Pärchen, dessen Motive ungeklärt sind, mit in den Bus gebracht worden. Beide kamen selbst ums Leben. (IHT, 15.5.97)

Die jüngste Serie von Bombenanschlägen macht deutlich, daß die chinesischen Sicherheitsbehörden zunehmende Schwierigkeiten damit haben, Terrorakte und Bombenanschläge in Chinas Städten zu verhindern. Nicht nur die Kontrolle über Schußwaffen, sondern auch die Kontrolle über die Abgabe von Industriesprengstoffen beginnt zu einem wachsenden Problem der inneren Sicherheit in China zu werden.- hei-

## 8 Hinrichtungen von muslimischen Untergrundkämpfern in Xinjiang - Aktivitäten der „Partei Allahs“

Im April und Mai sind in der „Autonomen Region“ Xinjiang mindestens elf Aktivisten muslimischer Untergrundgruppen hingerichtet worden, die an antichinesischen Unruhen und Anschlügen im Februar beteiligt gewesen sein sollen. (*Xinjiang Ribao*, 26.4.97, nach SWB, 10.5.97; Xinhua, Ürümqi, 29.5.97)

Das Mittlere Volksgericht des Bezirks Ili verkündete am 24. April auf einer Massenversammlung im Bezirksstadion die Urteile über die „erste Gruppe“ von Muslimen, denen die Rädelsführerschaft während der Unruhen in Yining am 5. und 6. Februar dieses Jahres (siehe C.a. 1997/2, S.116-117) zur Last gelegt wurde. 30 Personen waren angeklagt, drei wurden wegen mehrfacher schwerer Verbrechen (unter anderem Totschlag, Körperverletzung, Brandstiftung, Plünderung und Sachbeschädigung) sowie Gefährdung der nationalen Sicherheit zum Tode, einer zu lebenslanger Haft verurteilt. 26 andere wurden zu Gefängnisstrafen zwischen sieben und achtzehn Jahren verurteilt.

Am 29. Mai wurden darüber hinaus acht muslimische Untergrundkämpfer hingerichtet, die durch fünf Bombenanschläge in öffentlichen Bussen in Ürümqi am 25. Februar neun Personen getötet und 58 verletzt haben sollen. Vier weitere Angeklagte wurden zum Tode mit zweijährigem Aufschub, zu lebenslanger Haft bzw. zu längeren Haftstrafen verurteilt. Einige der von den chinesischen Behörden als zwölköpfige terroristische Gruppierung eingeschätzten Angeklagten sollen zwischen Dezember 1996 und Februar 1997 außerdem mehrere Raubüberfälle begangen haben, bei denen neun Personen ums Leben kamen und zwei verletzt wurden. Nach dem erstinstanzlichen Urteil des Mittleren Volksgerichts vom 16. Mai legten fünf der Angeklagten Berufung beim Oberen Volksgericht ein. Dieses bestätigte jedoch die erstinstanzlichen Urteile.

Der Vorsitzende der „Autonomen Region“ Xinjiang, Abdulahat Abdurixit, machte Anfang Mai erstmals genauere Angaben über eine der muslimischen Untergrundgruppen, die sogenannte „Partei Allahs“, die für die Unabhängigkeit von China und einen islamischen Gottesstaat kämpft.

Die Gruppierung sei im letzten Jahr mit Ablegern in ganz Xinjiang gegründet worden. Die Sicherheitsbehörden hätten sie aber weitgehend unschädlich gemacht. Der von Beijing eingesetzte Funktionär schätzt die Zahl der in Xinjiang gegen die chinesische Herrschaft kämpfenden Untergrundaktivisten auf höchstens 1.600. Die Regierung sei in der Lage, diese Gruppen zu kontrollieren und zu verhindern, daß sie eine wichtige Kraft würden. Im Hinblick auf die jüngsten Anschläge in Ürümqi sagte Abdulahat Abdurixit, daß es bislang keine Hinweise auf ausländische Unterstützung gebe. (SCMP, 12.5.97) -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung Gesellschaft, Kultur

---

### 9 Zwanzig Jahre Akademie der Sozialwissenschaften

Im Mai 1997 feierte die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften ihr zwanzigjähriges Bestehen. Sie war im Mai 1977 aus der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, in der sie bis dahin als Abteilung für Philosophie und Sozialwissenschaften bestand, ausgegliedert und als selbständige Einheit gegründet worden. Im Laufe der Jahre hat sich die Akademie der Sozialwissenschaften zur wichtigsten Forschungsstätte Chinas in den Human- und Sozialwissenschaften entwickelt. Verfügte die Akademie ursprünglich nur über 14 Institute mit 1.700 Beschäftigten, so zählt sie heute 31 Institute mit über 4.000 Angestellten, von denen gut 1.500 höherrangige Forscher sind. Etwa 300 von ihnen sind autorisiert, Doktoranden anzunehmen. Seit ihrer Gründung sind in der Akademie fast 2.000 Magister- und über 460 Dokortitel vergeben worden. Außerdem wurden mehrere zehntausend Monographien und Artikel veröffentlicht. Nicht zuletzt fungieren zahlreiche Akademieforscher auch als Berater für Partei und Regierung.

Auf dem Festakt anlässlich des Jubiläums hielt Li Tieying als Vertreter von Partei und Regierung die Festrede; außerdem sprach Akademiepräsident Hu Sheng, von Hause aus Historiker und orthodoxer Marxist. Beide betonten die Notwendigkeit der korrekten politischen Ausrichtung in der geistes- und sozialwissenschaftli-

chen Forschung und ermahnten die Wissenschaftler, sich vom Marxismus, dem Mao Zedong-Denken und Deng Xiaopings Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung leiten zu lassen. (Vgl. RMRB, 21.5.97) Trotz dieser Ermahnung zu ideologischer Korrektheit ist die Forschungsarbeit an der Akademie heute viel weniger durch politische Zwänge eingengt, als dies noch vor zwanzig Jahren der Fall war. Damals wurde zwar der Klassenkampf als oberstes Leitprinzip der Forschung aufgegeben, aber diese stand bis Anfang der achtziger Jahre ganz im Zeichen der Kritik an der Parteilinken. Danach erst befreite sich die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung von unmittelbaren politischen Aufgaben, war aber wie die naturwissenschaftliche Forschung gehalten, der Modernisierung und dem wirtschaftlichen Aufbau zu dienen. Dabei erwartet die Partei speziell von der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung Beiträge zu dem seit 1986 propagierten Aufbau der geistigen sozialistischen Zivilisation. Dennoch muß man anerkennen, daß heute nicht mehr politische Ziele im Vordergrund stehen, sondern die wissenschaftliche Forschung. Dessenungeachtet müssen die Parteizellen der Institute ihre Zustimmung zu allen Veröffentlichungen geben.

Auf der Veranstaltung erhielten vier Ausländer die Ehrenmitgliedschaft der Akademie, indem sie zum Senior Research Fellow ernannt wurden. Es handelt sich um den Präsidenten der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Republik Korea Hyun-Jae Lee, den Präsidenten der Eng Lee Investments and Consultants Pte. Ltd. Lee Khoon Choy aus Singapore, einen japanischen Ökonomieprofessor und einen amerikanischen Ökonomieprofessor chinesischer Herkunft. Damit sind seit 1996 insgesamt zehn Ausländer zum Senior Research Fellow ernannt worden. (XNA, 21.5.97) An der Akademie der Wissenschaften wurde schon im Jahre 1994 mit der Ernennung ausländischer Akademiemitglieder begonnen. -st-

#### 10 Hochschulreform: Fächerkanon im Grundstudium wird halbiert

Die Staatliche Bildungskommission hat beschlossen, die Zahl der Spezialfächer im Grundstudium an den regulären Universitäten und Hochschulen von gegenwärtig gut 500 auf die Hälfte zu reduzieren (RMRB, 6.5.97, S.5). In einem Interview mit

der *Guangming-Zeitung* (8.5.97) begründete der Leiter der Abteilung für Hochschulbildung der Staatlichen Bildungskommission Zhong Binglin diesen Schritt damit, daß die Studienfächer an chinesischen Hochschulen zu stark aufgesplittet und die Spezialfächer zu eng seien. Dadurch sei die Ausbildung chinesischer Studenten nicht breit genug, sie sei zu spezialisiert, und dadurch befänden sich chinesische Hochschulabsolventen gegenüber ausländischen im Nachteil. Außerdem sei ein Reihe von Fächern überholt. Um das Niveau der Hochschulen und die Qualität der Studienabsolventen zu erhöhen, müsse die Lehre grundlegend reformiert werden, und dabei sei die Reform des Fächerkanons vorrangig.

Mit dem Aufbau der Spezialfächer an den chinesischen Hochschulen wurde 1952 begonnen. Damals hatte man 215 Fächer etabliert. Im Laufe der Jahre weitete sich der Fächerkanon stark aus und erreichte in den achtziger Jahren die Höchstzahl von 1.343 Spezialfächern. Im Jahre 1987 wurde eine erste Reduzierung auf 671 vorgenommen, der jetzige Fächerkanon wurde 1993 festgelegt und besteht aus 504 Spezialfächern und zusätzlich 120 Spezialfächern außerhalb des Fächerkanons. Bei der jetzt anstehenden Reform will man sich auch auf Erfahrungen des Auslands stützen. Außerdem soll die Reform des Fächerkanons mit der Reform der Lehrinhalte und der Lehrpläne koordiniert werden. Die Spezialfächer werden in erster Linie nach den wissenschaftlichen Fächern eingeteilt, eine kleine Zahl soll entsprechend beruflichen Kategorien eingerichtet werden. Die Bezeichnungen der Spezialfächer sollen genormt werden.

Die Reduzierung der Spezialfächer soll in drei Stufen erfolgen. Bis Anfang September dieses Jahres wird die Bestandsaufnahme des Fächerangebots aller Hochschulen beendet sein und werden revidierte Entwürfe für die einzelnen Fächerkategorien vorliegen. Danach wird die Abteilung für Hochschulbildung eine Zusammenfassung vornehmen und einen revidierten Gesamtentwurf vorlegen, der Anfang 1998 von Fachleuten begutachtet wird. Der revidierte Fächerkanon soll dann bis Mitte 1998 veröffentlicht werden und ab 1999 regulär zur Anwendung kommen.

Die Neuordnung des Fächerkanons chinesischer Universitäten und Hochschulen ist dringend erforderlich, denn

China will im 21. Jh. eine führende Wissenschaftsnation werden. Sie ist nicht nur geboten, um die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Hochschulen, sondern auch die Chancen chinesischer Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Bislang ist die zu enge Spezialisierung ein großes Handicap für sie. Zukünftige Akademiker benötigen eine breitere Grundausbildung und eine erst später einsetzende Spezialisierung, als dies gegenwärtig der Fall ist. -st-

#### 11 Forderung nach besserem Englischunterricht

Kürzlich hat der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing auf einer Tagung über Fremdsprachenunterricht die mangelnde Qualität des Englischunterrichts an chinesischen Schulen kritisiert. Der Unterricht in Englisch und anderen Fremdsprachen sei unzureichend, und dies beeinträchtige nicht nur den Verkehr mit dem Ausland, sondern schränke auch in hohem Maße die Verbreitung hervorragender kultureller und wissenschaftlicher Leistungen Chinas im Ausland und die Kooperation mit dem Ausland ein. Dies wirke sich nachteilig auf die gesamte Reform- und Öffnungspolitik aus. Deshalb, so Li Lanqing, seien Probleme wie die Ausdehnung des Fremdsprachenunterrichts, die Ausbildung von Fachleuten für Fremdsprachen, die Reform des Fremdsprachenunterrichts und die Anhebung von dessen Niveau nicht nur reine Unterrichtsfragen, sondern Probleme, die die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung berührten. (GMRB, 2.5.97)

Die *Guangming-Zeitung* (ebd.) nimmt diese Kritik zum Anlaß, ihrerseits Ausführungen über den teilweise miserablen Zustand des Fremdsprachenunterrichts in China zu machen. Lehrer und Fachleute für Englischunterricht fordern demnach schon seit zehn Jahren eine Koordinierung des Englischunterrichts an den Grund-, Mittel- und Hochschulen, aber bislang hat sich nichts bewegt. In dieser Frage soll viel Zeit verschwendet worden sein, ohne daß Ergebnisse erzielt worden seien. Zwar wird festgestellt, daß sowohl in der Grundbildung als auch an weiterführenden Schulen dem Fremdsprachenunterricht große Bedeutung beigemessen wird, daß mit dem Unterricht früh begonnen wird und nicht wenige Stunden dafür reserviert werden, aber die Mehrzahl der Schüler kann nicht fließend fremdsprachige Texte lesen, nicht gut ver-

stehen und nicht gut sprechen und hat Schwierigkeiten, mit Ausländern zu kommunizieren.

Dem Bericht zufolge ist das größte Problem offenbar die unzureichende oder gar nicht existente Koordinierung des Englischunterrichts auf den einzelnen Schulstufen. Normalerweise müßte der Englischunterricht der Mittelschule auf dem der Grundschule aufbauen, und auf Hochschulebene müßte auf den Unterricht der Mittelschule zurückgegriffen werden können. Die Wirklichkeit aber sieht so aus, daß jede Schulstufe ihr eigenes System für den Englischunterricht hat und diese kein einheitliches, durchgängiges System darstellen. Dies führt notgedrungen zu Wiederholungen mit dem Ergebnis, daß viel Zeit und Energie verschwendet werden. Es gibt also keinen systematischen Aufbau des Englischunterrichts von der Grund- bis zur Hochschule.

Bemängelt wird darüber hinaus, daß die Schulzeit nicht besser genutzt wird, Kindern und Jugendlichen Fremdsprachen beizubringen, denn erwiesenermaßen lernen Menschen im Kindes- und Jugendalter Fremdsprachen am leichtesten. Viele Absolventen der Grund- und Mittelschule kommen auf die Universität ohne ausreichende Fremdsprachenkenntnisse, und dann ist der Erwerb solcher Kenntnisse für die Lehrer ebenso wie für die Studenten äußerst mühsam. Selbst an einigen Schwerpunkthochschulen können zwei Drittel der neu immatrikulierten Studenten keine Fremdsprache.

Gefordert wird deshalb eine systematische Koordinierung des Fremdsprachenunterrichts für jede Schulstufe. Es muß genau festgelegt werden, was die Grundschule, was die Mittelschule und was die Hochschule leisten muß. Es müssen entsprechende Lehrpläne und Lehrbücher für jede Schulstufe erstellt werden. Nicht zuletzt muß Englischunterricht an allen Grundschulen obligatorisch werden. Zur Zeit wird Englischunterricht nur in den großen Städten und den entwickelten Gebieten an den Grundschulen angeboten, während er im größten Teil der Grundschulen noch nicht eingeführt ist.

Über Bildungsfragen wie diese wird in der chinesischen Öffentlichkeit ausgiebig diskutiert. Im Vorspann zu dem obengenannten Bericht ruft die *Guangming-Zeitung* dazu auf, Beiträge über Methoden, Programme, Lehrmaterialien, Didaktik und andere Aspekte des Fremdsprachenunter-

richts einzusenden. Die eingesandten Beiträge werden auf der Bildungsseite der Zeitung veröffentlicht. -st-

## 12 Mehr Studenten in Xinjiang qualifizieren sich für Chinesisch

In Xinjiang, dem Autonomen Gebiet der Uiguren, lernen immer mehr junge Menschen Chinesisch. Die Zahl derjenigen Studenten, die eine Sprachprüfung in Chinesisch ablegen, ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Um das Niveau der Chinesischkenntnisse unter den Studenten verschiedener Nationalität in Xinjiang zu erhöhen und die Sprachkenntnisse zu standardisieren, hat das Xinjianger Finanz- und Wirtschaftsinstitut im vergangenen Jahr eine „Nationale Standardprüfung für Chinesisch“ eingeführt, die sich an den tertiären Bildungsinstitutionen Xinjiangs zunehmender Beliebtheit erfreut. Konnte der Sprachtest 1996 nur an besagtem Institut gemacht werden, fanden die Chinesischprüfungen in diesem Jahr an zwei zusätzlichen Institutionen statt, zum einen ebenfalls in Urumqi an der Universität Xinjiang, zum anderen in Südwestxinjiang an der Pädagogischen Hochschule Kashi (Kashgar). Während 1996 1.600 Studenten die Chinesischprüfung ablegten, waren es in diesem Jahr bereits 2.100. (*Xinjianger Tageszeitung*, 6.3.97, nach SWB, 22.5.97)

Die Sprachsituation für die in China lebenden Nationalitäten ist sehr ambivalent. In maoistischer Zeit bestand die Tendenz, die Sprachen der Nationalitäten zu unterdrücken. In nachmaoistischer Zeit hat die chinesische Regierung den Forderungen der Nationalitäten, den Schulunterricht in ihren eigenen Sprachen abzuhalten, nachgegeben, allerdings besteht sie nach wie vor darauf, daß nebenher Chinesisch gelernt wird. Insbesondere auf den höheren Schulstufen nimmt der Unterricht in Chinesisch zu. Obwohl die Förderung der Sprachen der Nationalitäten zu begrüßen ist, muß man allerdings auch sehen, daß beruflich nur derjenige vorankommt, der über hinreichende Chinesischkenntnisse verfügt. Gerade für Studenten ist daher die Qualifikation im Chinesischen unerlässlich. -st-

## 13 Einführung der Schulpflicht in Armutsgebieten

Im Rahmen der Armutsbekämpfung hat die chinesische Regierung im Jahre 1995 ein spezielles Programm zur

Einführung der allgemeinen Schulpflicht in den Armutsgebieten aufgelegt. Das Programm, das unter der Bezeichnung „Schulpflichtprojekt in Chinas Armutsgebieten“ läuft, wird gemeinsam von der Staatlichen Bildungskommission und dem Finanzministerium betreut. Es beinhaltet den Transfer von Finanzmitteln der Zentrale in unterentwickelte Gebiete zum Ausbau des Schulwesens. Die Unterstützung der Zentrale ist insofern nötig, als die Armutsgebiete selbst nicht genügend Finanzmittel zur Verfügung haben und daher den Ausbau des Schulwesens vernachlässigen. Schulbildung aber wird als ein Mittel angesehen, um die Armut zu überwinden.

Im Mai 1996 hat die Regierung mit zwölf Provinzen Verträge über die Einführung des Schulpflichtprojektes unterzeichnet, durch die bereits sichtbare Erfolge erzielt werden konnten. In 383 Kreisen dieser zwölf Provinzen wurde mit dem Aufbau des Schulpflichtprojektes begonnen. Bislang wurden insgesamt 2,66 Mrd. Yuan investiert, das ist bereits über die Hälfte der geplanten Investitionen. Bis Ende dieses Jahres sollen insgesamt 5,3 Mrd. Yuan investiert sein. Von den bisher für das Projekt aufgewandten Mitteln kamen 610.000 Yuan von der Zentralregierung, 1,237 Mrd., also das Doppelte, von den Lokalregierungen und 825.000 Yuan aus sonstigen Mitteln. Neun der zwölf Provinzen, nämlich Hebei, Henan, Shanxi, Heilongjiang, Anhui, Jiangxi, Hubei, Sichuan und Shaanxi, haben die Anforderungen an das Projekt erfüllt (nämlich daß sie selbst doppelt so viel Mittel aufbringen müssen, wie die Zentrale zur Verfügung stellt).

Bislang haben 5.133 Gemeinden, 84,54% der vorgesehenen Gemeinden, das Projekt in Gang gesetzt. Insgesamt sind bisher 22.766 Schulen aus dem Projekt finanziert worden, darunter sind 9.318 Schulen renoviert oder neu gebaut worden, und 13.448 haben Lehrmittel und Schulbücher erhalten. Außerdem wurden 82.168 Schulleiter und Lehrer einer Fortbildung unterzogen. Zu den sichtbaren Erfolgen wird gezählt, daß in den 383 Kreisen die Einschulungsquote von 1994: 97,27% auf 1996: 98,7% anstieg und die Übergangsrate von der Grund- zur Mittelschule sich im selben Zeitraum von 77,73% auf 85,3% erhöhte.

Es wird jedoch auch zugegeben, daß es Probleme bei der Umsetzung des Programms gibt. Das gravierendste Problem ist, daß in einigen Provin-

zen und Regionen die bereitgestellten Mittel nicht rechtzeitig oder gar nicht an dem vorgesehenen Ort angekommen sind oder daß weniger, als vorgesehen, ankam, daß also Mittel veruntreut wurden. Ein anderes Problem ist, daß die Mittel für die drei vorgesehenen Zwecke, nämlich Renovierung oder Neubau von Schulen, Ausstattung von Schulen und Lehrerfortbildung, nicht gleichgewichtig eingesetzt wurden. Insbesondere die Lehrerfortbildung wird vernachlässigt. (Vgl. RMRB, 19.5.97)

Probleme dieser Art tauchen immer auf, wenn Finanzmittel zu vergeben sind. Dennoch sind die Bemühungen der Regierung zur Unterstützung der Schulpflicht in den Armutsgemeinden zu würdigen. Ob sie zum Ziel führen, bis zum Jahre 2000 die allgemeine neunjährige Schulpflicht „im wesentlichen“ einzuführen, bleibt abzuwarten. Das Ziel wurde schon zurückgeschraubt, indem man den unterentwickelten Gebieten im Westen des Landes zugesteht, daß sie bis zu dem Termin lediglich die sechsjährige Grundschule einzuführen haben. Die oben namentlich genannten neun Provinzen, die in den Genuß der Projektmittel gekommen sind, gehören alle zur Kategorie der Provinzen des mittleren Entwicklungsniveaus. Es ist anzunehmen, daß auch die drei übrigen Provinzen, die nicht genannt wurden, weil sie offensichtlich die Anforderungen an das Projekt nicht erfüllt haben, zu dieser Kategorie des mittleren Entwicklungsniveaus gehören. Dann wären es die Provinzen Fujian, Hunan und Hainan. Dies macht deutlich, daß es der Regierung jetzt vorrangig und gezielt um diese Kategorie geht. Nur wenn in den Provinzen des mittleren Entwicklungsniveaus das Ziel der Einführung der neunjährigen Schulpflicht bis zum Jahre 2000 erreicht sein wird, wird man der Regierung Erfolge in der Bildungspolitik bescheinigen können. Bei der Verfolgung dieses Zieles kann die Regierung die unterentwickelten Gebiete in Westchina freilich nicht vernachlässigen. Auch in diese Gebiete fließen Mittel der Zentralregierung und leisten die entwickelteren Provinzen vielfältige Hilfe. -st-

#### 14 Hundert Jahre Commercial Press

Das traditionsreiche chinesische Verlagshaus „Commercial Press“ (Shangwu yinshuguan) feierte im Mai 1997 sein hundertjähriges Bestehen. Der Verlag wurde 1897 in Shanghai von

Xia Ruifang (1871-1914) und Zhang Yuanji (1867-1959) gegründet. Die Gründung fiel in eine Zeit, in der sich die chinesische Drucktechnik, die bekanntlich über eine lange Tradition verfügte, aufgrund der Einführung westlicher Drucktechnik durch westliche Missionare in einer Krise befand. Von Anfang an verwendete die Commercial Press modernste Druckverfahren und verhalf so dem chinesischen Druck- und Verlagswesen in der ersten Hälfte des 20. Jh. zu einem großen Aufschwung. In jenen Jahrzehnten war der Verlag der größte und bekannteste Verlag in China. In den dreißiger Jahren hatte sich der Verlag zu einem Riesenunternehmen entwickelt, das neben Redaktions- und Übersetzungsabteilung auch eine Druckerei, eine Vertriebsorganisation und eine Forschungsabteilung umfaßte. Er beschäftigte 4.500 Angestellte und Arbeiter und unterhielt in allen größeren Städten Chinas insgesamt 36 Zweigniederlassungen und über 1000 Verkaufsstellen. Pro Jahr wurden über 1000 Buchtitel produziert, das waren gut 40% der gesamten chinesischen Buchproduktion. Neben Büchern brachte der Verlag auch Zeitungen und Zeitschriften heraus, betrieb eine Bibliothek, die „Bibliothek des Ostens“ (*Dongfang tushuguan*) und entfaltete eine Fülle anderer Aktivitäten. So engagierte sich der Konzern in der Filmindustrie, handelte mit Druckmaschinen, unterhielt Schulen und Ausbildungsstätten usw. Vor dem Krieg hatte er sich zum größten Verlagshaus Ostasiens entwickelt. Die eigentliche Verlagstätigkeit wies ein breites Spektrum auf. Schwerpunkte bildeten Schul- und Lehrbücher, die Herausgabe alter Texte, Übersetzungen westlicher Literatur und wissenschaftliche Bücher aller Disziplinen. Der Name des Verlags verbindet sich vor allem mit den großen Enzyklopädien (*Ciyuan*), Lexikon- und Wörterbuchprojekten. Das Haus konnte sich rühmen, praktisch mit allen großen Gelehrten, Wissenschaftlern und Schriftstellern im China der damaligen Zeit Kontakt zu haben. (Vgl. GMRB, 6.5.97; RMRB, 7.5.97)

Im Krieg gegen Japan 1937-45 erlebte das Verlagshaus einen Niedergang, von dem es sich nur langsam erholen konnte. In den ersten Jahrzehnten nach 1949 stand der nunmehr verstaatlichte und in Beijing ansässige Verlag im Schatten neugeschaffener Parteiverlage, wie z.B. des Volksverlages. Erst in den achtziger Jahren konnte er sich wieder voll entfalten und nimmt in der chinesischen Ver-

lagslandschaft mittlerweile wieder eine führende Stellung ein. Heute unterhält Commercial Press mit über 50 führenden Verlagen in aller Welt Kooperationsbeziehungen. Außer in Beijing ist die Commercial Press mit eigenen Unternehmen in Hongkong, Taiwan, Singapore und Malaysia vertreten. Im Jahre 1993 haben die fünf Unternehmen gemeinsam eine internationale Commercial GmbH mit Sitz in Beijing gegründet, die es sich zur Aufgabe macht, die chinesische Kultur zu verbreiten. (GMRB, 6.5.97 u. RMRB, 8.5.97)

Die heutige Bedeutung des Verlages kommt nicht nur dadurch zum Ausdruck, daß die politische Führung Chinas dem Unternehmen Glückwünsche übermittelte, sondern zeigt sich vor allem darin, daß in der Hauptstadt unter Anwesenheit führender Politiker ein Festakt stattfand, auf dem Zhu Rongji als Vertreter des Politbüros und des Staatsrates sprach (RMRB, 9.5.97), sowie eine weitere Jubiläumsveranstaltung in der großen Halle des Volkes, auf der u.a. der Direktor des Presse- und Publikationsamtes Yu Youxian eine Rede hielt und von Politbüromitglied und Staatsrat Li Tieying eine Grußadresse verlesen wurde (ebd.). Gerade diese Staatsnähe macht jedoch auch deutlich, daß der Verlag nicht unabhängig agieren kann, sondern von der Partei nach wie vor als Propagandainstrument betrachtet wird und wie alle Verlage der Kontrolle durch die Partei untersteht. -st-

#### 15 Jiang Zemin über patriotische Erziehung

Am 11. Mai 1997 veröffentlichte die *Volkszeitung* auf ihrer ersten Seite unter der Überschrift „Über die Stärkung der patriotischen Erziehung“ einen Text von Jiang Zemin. Es handelt sich dabei um einen Auszug aus der Rede des KP-Generalsekretärs vom 10.10.1996 auf dem 6. Plenum des XIV. Zentralkomitees der KPCh. Diese Plenartagung stand ganz im Zeichen des sog. „Aufbaus der sozialistischen geistigen Zivilisation“, also der geistigen und politisch-moralischen Bildung des Volkes, als deren wichtigster Bestandteil die Erziehung zum Patriotismus gilt. Bereits 1994 hatte das ZK ein „Programm zur Durchführung patriotischer Erziehung“ erlassen (vgl. C.a., 1994/9, Ü 22). Die Veröffentlichung des Redetextes unterstreicht zum einen die Bedeutung, die die Partei dem Patriotismus als ideologischer

Richtschnur beimißt, macht zum anderen aber auch deutlich, daß die Ergebnisse patriotischer Erziehung insgesamt zu wünschen übriglassen und daher ständig an die Aufgabe erinnert werden muß.

In dem kuzen Text werden die bekannten offiziellen Aussagen zum Patriotismus wiederholt: Es wird auf die „über fünftausendjährige“, „glänzende“ chinesische Zivilisation verwiesen, die durch alle auf chinesischem Territorium in Eintracht lebenden Nationalitäten gemeinsam geschaffen wurde, und es wird der Eindruck vermittelt, daß der Patriotismus schon immer eine einigende Kraft darstellte und zum chinesischen Nationalcharakter gehört. Hier werden auf übliche Weise die Wunschvorstellungen der Gegenwart auf die Vergangenheit projiziert. Für die neuere Geschichte wird unter Verweis auf die Aggression der ausländischen Mächte dargelegt, daß die nationale Erneuerung, die nationale Unabhängigkeit und die Souveränität Chinas erst nach Gründung der KPCh wiedererlangt wurden. Dabei werden die Kommunisten als entschiedenste Verfechter des Patriotismus hingestellt. Auch für die Gegenwart wird klargestellt, daß die heute anstehenden Ziele, nämlich die Entwicklung Chinas in einen modernen Industriestaat und die Verringerung des Abstandes zu den entwickelten Volkswirtschaften nur mit Hilfe der KPCh zu erreichen ist. Nur der Sozialismus sei in der Lage, China zu retten, deshalb seien Patriotismus und Sozialismus ein und dasselbe. Hier wird ein weiterer Versuch unternommen, das seit 1989 beschädigte Ansehen der Partei zu stärken und den Sozialismus zu verteidigen.

Der von der Partei vertretene Patriotismus, so Jiang Zemin weiter, sei mit einem engen Nationalismus nicht zu vergleichen; heute verfolge man eine Politik der Öffnung nach außen und wolle von den Vorzügen aller Völker der Welt lernen, insbesondere fortgeschrittene Wissenschaft und Technik sowie Unternehmensmanagement. Diesem Plädoyer für die Öffnungspolitik folgt sogleich die aus maoistischer Zeit bekannte Formel „aus eigener Kraft noch größere Siege erringen“ (*zi li geng sheng*), die an die orthodox-konservativen Kräfte innerhalb der Partei gerichtet ist und den Kompromißcharakter der Rede unterstreicht. Ganz im Sinne dieser Kräfte dürfte auch die Verurteilung uneingeschränkter Verehrung des Auslands und alles Ausländischen sein. Ausdrücklich erwähnt wer-

den in diesem Zusammenhang der aus der Geschichte ererbte „Einfluß der Kolonialkultur“, der sich heute vielerorts wieder bemerkbar mache, und die Verletzung der Interessen der Nation zum eigenen Vorteil. Während mit letzterem auf den sog. Geheimnisverrat angespielt wird, z.B. durch Journalisten, die bestimmte, als geheim eingestufte Nachrichten an die ausländische Presse verkaufen, ist mit „Kolonialkultur“ die Kultur der westlichen Mächte gemeint, die über die neuen Medien nach China gelangt und deren Eindringen immer schwerer zu kontrollieren ist. In jüngster Zeit wird beispielsweise der Einfluß der englischen Sprache kritisiert, etwa die Verwendung englischer Firmen- oder Produktnamen und die Übernahme von Fremdwörtern ins Chinesische. In diesem Kontext muß auch die Abschaffung des englischen Übersetzungsdienstes auf den Pressekonferenzen des chinesischen Außenministeriums im vergangenen Jahr gesehen werden. Jiang Zemin beschließt seine Ausführungen mit dem Appell, das Vaterland heiß zu lieben, die nationale Selbstachtung zu erhöhen und sich mit ganzer Kraft dem Aufbau der sozialistischen Modernisierung des Vaterlandes zu widmen.

Es erhebt sich die Frage, warum dieser an sich unbedeutende, zumindest nichts Neues aussagende Auszug aus Jiangs Rede vom Oktober letzten Jahres zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht wurde. Hierfür können verschiedene Gründe angeführt werden. Erstens dürfte es wieder einmal an der Zeit gewesen sein, patriotische Erziehung anzumahnen, denn die Partei scheint derzeit im Patriotismus, das einzige Gegengewicht gegen die ideologische Aufweichung und die infolge der Öffnung nach außen eindringenden westlichen Kultureinflüsse zu sehen.

Ein zweiter Grund, der insbesondere den Zeitpunkt der Veröffentlichung erklärt, liegt in der Tatsache, daß die Veröffentlichung durch die offizielle chinesische Nachrichtenagentur Xinhua genau eine Woche nach dem 4.Mai erfolgte, dem Gedenktag zur Erinnerung an den 4.Mai 1919, als sich Studenten in Beijing gegen die damalige konservative Regierung erhoben und sich für eine umfangreiche geistig-kulturelle Erneuerung Chinas einsetzten. Die KPCh, die ihre Gründung aufs engste in Beziehung zur Bewegung des 4.Mai setzt, hat über die Jahrzehnte hinweg diesen Gedenktag gewürdigt und für sich vereinnahmt, wobei je nach der politischen Lage die Interpretationen wechselten. Seit

1990 steht der 4.Mai ganz im Zeichen des Patriotismus, so wie ihn Jiang Zemin damals forderte (vgl. dazu den Art. „Der verordnete Patriotismus der Orthodoxen“, C.a., 1990/5, S.351-356). Auch in diesem Jahr hätte es sich angeboten, den Patriotismus herauszustellen. Bemerkenswerterweise haben die großen Tageszeitungen in diesem Jahr jedoch nicht - wie sonst üblich - an den 4.Mai erinnert. Der 4.Mai wurde von der KP schon früh zum Tag der Jugend erklärt, wobei normalerweise an die intellektuelle Jugend gedacht wird. Selbst 1990, ein Jahr nach dem Studentenprotest auf dem Platz vor dem Tor des Himmlichen Friedens, betonte Jiang Zemin in seiner Rede zum 4.Mai noch sehr stark die Rolle der Intellektuellen. Daß der Gedenktag, abgesehen von einigen kleineren studentischen Aktivitäten, in diesem Jahr von offizieller Seite praktisch ignoriert wurde, kann als Hinweis darauf gewertet werden, daß heute weder die Studenten noch die Intellektuellen für die Partei von Bedeutung sind. Die Studenten sind unpolitisch geworden, was der Partei offensichtlich gefällt, und auch die Intellektuellen sind nur gefragt, soweit sie als Berater für die Partei tätig sind und sich für die Modernisierung und Wirtschaftsentwicklung einsetzen, ohne daß sie als Gruppe derzeit besonders umworben wären. Offensichtlich wählte die Partei einen Kompromißweg, indem sie einerseits dem Gedenktag in diesem Jahr auswich, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, an die Rolle der Studenten und Intellektuellen während der 4.-Mai-Bewegung erinnern zu müssen, denn eine vergleichbare Rolle wäre heute absolut unerwünscht, andererseits eine Woche später an den Patriotismus erinnerte, dessen Entstehen in China aufs engste mit dem 4.Mai verbunden ist, was allerdings unerwähnt blieb.

Ein dritter Grund für die Veröffentlichung des Redeauszugs ist in der bevorstehenden Übergabe Hongkongs an das Mutterland zu sehen, die ganz im Zeichen des Patriotismus steht. Mit der Rückgabe der britischen Kronkolonie (und der weniger spektakulären Rückgabe Macaus in zwei Jahren) geht das Zeitalter des Kolonialismus in China zu Ende, und diese Gelegenheit wird die VR China nach Kräften dafür zu nutzen suchen, im chinesischen Volk eine Welle des Patriotismus zu erzeugen. Nicht zuletzt diesem Zweck dient die Veröffentlichung des Textes. -st-

## 16 Neue Bestimmungen für Zugang von Festlandchinesen nach Hongkong und Macau

Obwohl Hongkong vom 1. Juli an zu China gehören wird, wird der Zugang von Festlandchinesen in die neue Sonderverwaltungsregion restriktiv gehandhabt und strengen Kontrollen unterworfen. Auch in die Sonderwirtschaftszonen wie Shenzhen und Zhuhai können Chinesen nur mit offizieller Genehmigung übersiedeln, aber diese dürfte insgesamt leichter zu erlangen sein als für Hongkong und Macau. Zumindest wurden kürzlich eigens für diese beiden Gebiete vom Amt für öffentliche Sicherheit neue Bestimmungen unter dem Titel „Regeln für die Kontrolle von Zugangsgenehmigungen inländischer Residenten, die nach Hongkong oder Macau gehen“ erlassen. Nach den neuen Regeln werden die Anträge der besseren Kontrolle wegen standardisiert und über EDV bearbeitet. Sie werden zuerst in 15 Einheiten auf Provinzebene, darunter in der an Hongkong und Macau angrenzenden Provinz Guangdong und in Fujian, versuchsweise angewendet. Die Standardisierung erstreckt sich auf „vier Vereinheitlichungen“, die in ganz China Geltung haben sollen, nämlich einheitliche Antragstellung, einheitliche Voraussetzungen für die Genehmigung, einheitliche Fristen für die Genehmigung und einheitliche Gebühren. In den neuen Bestimmungen sind genaue Quoten für verschiedene Gruppen von Antragstellern festgelegt und die Voraussetzungen für die Zugangsgenehmigung genau spezifiziert. Außerdem werden die örtlichen Behörden dazu verpflichtet, die Quoten, Voraussetzungen und Ergebnisse öffentlich bekanntzumachen. Wenn nach Bewilligung eines Antrags und der öffentlichen Bekanntgabe binnen 15 Tagen kein Einspruch aus der Öffentlichkeit erfolgt, muß die zuständige Behörde unverzüglich die entsprechenden Dokumente ausstellen. (Vgl. RMRB, 7.5.97)

Ein besonderes Problem stellt die Familienzusammenführung dar. Viele Festlandchinesen arbeiten schon jetzt in Hongkong, haben aber ihre Familien auf dem Festland zurückgelassen. Eheleute können zusammengeführt werden, aber normalerweise sollen die Kinder bei Verwandten oder Gastfamilien in China bleiben (entsprechende Bestimmungen gibt es auch für die Kinder von Migranten). Unter bestimmten Bedingungen, so wird in der neuen Regelung verfügt, darf aber ein Antragsteller oder eine Antragstellerin ein Kind unter 14 Jahre mitneh-

men, damit Probleme wie namentlich der Schulbesuch besser gelöst werden können (ebd.). -st-

## 17 Novellierung der Bestimmungen zum Internet

Die chinesische Regierung hat im Mai eine Neufassung der „Vorläufigen Bestimmungen über die Kontrolle internationaler Datennetze“ vorgenommen, die erstmalig Anfang Februar 1996 erlassen worden waren (s. C.a., 1996/2, Ü 15). Die Neufassung wurde am 31.5.1997 in der *Volkszeitung* veröffentlicht (engl. Übers. in SWB, 4.6.97, nach Xinhua, 30.5.97). Abgesehen von kleineren formalen Änderungen betrifft die wichtigste Änderung den Artikel 5 über das Kontrollgremium. Während dieses in der ersten Fassung die Führungsgruppe des Staatsrats für Wirtschaftsinformation war, ist für die Kontrolle, Koordinierung, Planung usw. jetzt die „Führungsgruppe des Staatsrats für Informationstechnologie“ (*Guowuyuan xinxihua gongzuo lingdao xiaozu*) zuständig. Dieses Organ wurde bereits im Mai 1996 errichtet und hat größere Kompetenzen als das vorher zuständige Organ. Zudem ist es mit seinem Leiter Zou Jiahua hochrangig besetzt. Zou Jiahua ist Politbüromitglied und stellvertretender Ministerpräsident. Die Kontrolle über den Zugang zu internationalen Datenautobahnen ist nur eine der Aufgaben, die in den Kompetenzbereich der Führungsgruppe für Informationstechnologie fallen. Deren Hauptaufgabe besteht in der Entwicklung, Planung und Koordinierung der Informationstechnologie in China, der im 9. Fünfjahrplan (1996-2000) strategische Bedeutung zukommt. Bis zum Jahr 2000 will China ein relativ vollständiges nationales Informationssystem aufbauen, das insbesondere der chinesischen Volkswirtschaft von Nutzen sein soll. Der Ausbau des Informationssystems war Gegenstand einer Konferenz, die Mitte April 1997 in Shenzhen stattfand und auf der Zou Jiahua entsprechende Pläne erläuterte (vgl. Xinhua Inlanddienst, chin., 18.4.97, nach SWB, 24.4.97).

Demgegenüber spielt die Kommunikation über internationale Datennetze derzeit noch eine untergeordnete Rolle, schon allein wegen der Sprachbarriere. Zu Beginn des Jahres 1997 belief sich die Zahl der Internet-Benutzer in China auf gut 100.000. Das Internet ist in China seit Juni 1995 für die Öffentlichkeit zugänglich, der Zugang freilich streng kontrolliert, wie in den

Bestimmungen dargelegt. Für den Internet-Verkehr stehen zwei allgemeine öffentliche Netze zur Verfügung, das vom Ministerium für Post und Telekommunikation betriebene Chinanet und das vom Ministerium für Elektronikindustrie betriebene GBnet (Golden Bridge Network). Zusätzlich gibt es vier Spezialnetze, darunter eines der Akademie der Sozialwissenschaften. (Vgl. XNA, 25.1.97) -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 18 Frankreichs Wirtschaft drängt nach China

Mitte Mai 1997 besuchte der französische Staatspräsident Chirac die VR China. Chirac wurde von einer Delegation begleitet, die aus 300 Personen bestand, davon waren 56 Wirtschaftsvertreter. Die Reise sollte die sino-französischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen verbessern. In einer gemeinsamen Erklärung wurde vereinbart, daß zweimal im Jahr ein bilaterales Außenministertreffen sowie einmal pro Jahr ein Besuch auf höchster politischer Ebene stattfinden wird. Während des Zusammentreffens wurden verschiedene zwischenstaatliche Abkommen unterzeichnet, darunter eine Vereinbarung über die gemeinsame friedliche Nutzung des Weltraumes und die Entwicklung von Atomenergie zu zivilen Zwecken. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 16.5.97, nach SWB, 19.5.97; NZZ, 15.5.9 und 17./18.5.97)

Ein Zeichen für die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde mit dem Abschluß einer Reihe von Wirtschaftsverträgen gesetzt. Hierbei handelt es sich insbesondere um

\* ein Rahmenabkommen über die Bestellung von 30 Airbussen des europäischen Flugzeugkonsortiums, an dem Frankreich einen Anteil von 38% hält;

\* einen Vorvertrag über die gemeinsame Produktion eines 100-sitzigen Flugzeuges. Die Partner in dem Projekt sind die Aviation Industry of China, Airbus Industrie, Alenia of Italy und Singapore Technologies Aerospace;

\* einen Vertrag über den Kauf von 10 ATR-Flugzeugen für die Fluggesellschaft der Provinz Xinjiang;